

STUDIE
Euro-Aus soll angeblich 17 Billionen kosten

Wie viel würde das Euro-Aus der Sorgenkinder kosten? Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wäre ein Austritt Griechenlands noch zu verkraften. Fallen auch Portugal, Spanien und Italien aus dem Euro, droht dagegen eine weltweite Rezession – und Kosten bis zu 17 Billionen Euro.

VON MANEULA DOLLINGER

Gütersloh – Seit Beginn der Eurokrise wird der Austritt einzelner Mitgliedsstaaten aus dem Euroraum diskutiert. Die größten haushaltspolitischen Probleme haben im Moment Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Zentrale Frage: Welche Auswirkungen hätte der Euro-Austritt der südeuropäischen Sorgenkinder auf Deutschland und die Weltwirtschaft? Was würde er kosten? Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die am Mittwoch vorgestellt wurde, rechnet im schlimmsten Fall mit rund 17 Billionen Euro – allein Deutschland würde das Euro-Aus von Griechenland und Co. 1,7 Billionen Euro kosten. Ein Staatsbankrott in Griechenland inklusive Euro-Aus wäre ökonomisch noch zu verkraften, heißt es in der Studie. Die Verluste für die 42 wichtigsten Industrie- und



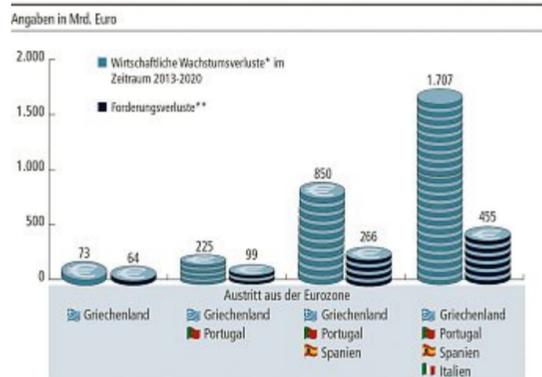
Blitze über der Akropolis: Geht Griechenland bankrott und tritt aus dem Euro aus, könnte das einen Dominoeffekt auslösen und die Welt in eine Rezession stürzen. FOTO: AP

Schwellenländer, die gemeinsam mehr als 90 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung ausmachen, würden sich auf rund 674 Milliarden Euro summieren. Auf Deutschland würden bis 2020 73 Milliarden Euro entfallen – 900 Euro pro Kopf. Die Verfasser der Studie warnen jedoch vor einem „Dominoeffekt“. Treten auch Portugal, Spanien und Italien aus dem Euro aus, explodieren die Kosten, die Weltwirtschaft rutscht in die Rezession. „Bis 2020 würden die 42 wichtigsten Volkswirtschaften Wachstumseinbußen von insgesamt 17,2 Billionen Euro erleiden.“ Eine düstere Prognose, die

auch mit der Rechengrundlage der Studie zusammenhängt. Nicht nur die Verluste der Gläubiger, sondern auch Wachstumsverluste wurden berücksichtigt – die Entwicklungen der Bruttoinlandsprodukte von 42 Staaten bis zum Jahr 2020. Experten des Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos AG haben im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vier Ausstiegsszenarien entworfen: Im ersten Fall verlässt Griechenland 2013 die Eurozone (Grexit-Szenario). Tritt zusätzlich Portugal aus, sprechen die Autoren vom GPS-Exit-Szenario, kommt Spanien dazu, vom GPS-Exit-

Szenario. Im schlimmsten Fall verlassen alle vier Staaten den Euroraum – das GPS-Exit-Szenario. Immer wird davon ausgegangen, dass zunächst die Finanzhilfen für die jeweiligen Länder eingestellt werden, es folgen Staatsbankrott und ein 60-prozentiger Schuldenchnitt. Die Länder führen ihre alte Währung wieder ein – mit einer Abwertung von 50 Prozent. Die Nachfrage sinkt sowohl in den ausgetretenen Ländern als auch in verbleibenden Euro-Staaten. Tritt im kommenden Jahr nicht nur Griechenland, sondern auch Portugal aus, seien die Auswirkungen auf die

Kosten eines Staatsbankrotts und Austritts der Südeuropäer aus dem Euro für Deutschland



* Karlsruher Institut für Wirtschaftsforschung (KIT) (datiert über den Zeitraum von 2013 bis 2020)
** Abwertung öffentlicher und privater Forderungen (z. B. aus Euro Rettungsschulden) unter der Annahme eines 60-prozentigen Forderungsausfalls.
Quelle: Prognos AG. Bertelsmann-Stiftung

EU-GIPFEL
Hollande kritisiert Merkels Kurs

Paris – Unmittelbar vor dem Brüsseler EU-Gipfel ist Bundeskanzlerin Angela Merkel unter Druck geraten. Frankreichs Präsident François Hollande fordert, die umstrittene Bankenaufsicht bis Jahresende unter Dach und Fach zu bringen. Berlin bremst bei diesem Thema. Der Sozialist machte in einem Interview mehrerer europäischer Zeitungen auch deutlich, dass er einen neuen EU-Vertrag frühestens nach den Europawahlen 2014 anstrebt. Von Finanzminister Wolfgang Schäuble waren hingegen rasche Vertragsänderungen ins Spiel gebracht worden, um die Eurozone zu stärken. Hollande erneuerte außerdem seine Forderung nach einer teilweisen Verge-meinschaftung der Schulden durch sogenannte Eurobonds, die Berlin strikt ablehnt.

Die EU-Staats- und Regierungschefs werden ab heute in Brüssel vor allem darüber debattieren, wie die angeschlagene Eurozone dauerhaft gegen Angriffe der Finanzmärkte geschützt werden kann. Dazu gehört als Kernstück die Bankenaufsicht. Schäubles Sprecher Martin Kotthaus bestritt massive Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich. Auch beim Thema Bankenaufsicht gebe es „keinen großen Unterschied“. Mit seinen Reformvorschlägen will Schäuble dem Währungskommissar mehr Macht verleihen. So soll dieser künftig stärker als bisher in die Budgetplanung der Mitgliedsstaaten eingreifen können und allein entscheiden, ob er den Haushalt eines Landes zurückweist.

SUPER-SPARKOMMISSAR FÜR DIE EU?

„Die Demokratie muss sich wehren“

München – Die geplante Bankenunion und eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion stehen auf dem Programm des EU-Sondergipfels, der heute startet. Kurz vor dem Treffen hat Bundesfinanzminister Schäuble für einen weiteren Punkt auf der Tagesordnung gesorgt. Er hat eine explosive, wenn auch nicht ganz neue Idee zur Bewältigung der Schuldenkrise ins Spiel gebracht. Der EU-Währungskommissar soll ein Vetorecht gegen nationale Haushalte erhalten. Schlägt ein Mitgliedsstaat über die Stränge, verdonnert der Super-Sparminister das Land zur Haushaltsdisziplin. Ob das die Lösung ist? Wir haben über den umstrittenen Vorschlag mit Werner Weidenfeld, Professor für Politische Wissenschaft, gesprochen.



Werner Weidenfeld
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der LMU München

■ **Wolfgang Schäuble ruft nach einem Super-Sparminister. So viel Kompetenz für einen Mann? Würde damit nicht die Demokratie auf dem Altar der Euro-Rettung geopfert?**
Nein, ganz im Gegenteil. Die Demokratie muss sich gegen unkontrollierte Entwicklungen im Euro-Raum wehren. Mitglieder des Wirtschafts- und Währungsraums werden auf dramatische Weise in die Verschuldungslage einzelner Mitgliedsstaaten hineingezogen – ob sie wollen oder nicht. Dagegen muss eine Regelung gefunden werden.

■ **Hat Brüssel bislang Möglichkeiten, die Haushalte der Mitgliedsstaaten zu kontrollieren?**
Nein. Seit 2011 müssen zwar die Mitgliedsländer ihre Budgetplanung der EU-Kommission melden, die dann dazu Stellung nimmt. Das hat aber keine Verbindlichkeit. Brüssel kann bisher nur warnen. Höchste Zeit, dass auch Interventionen möglich werden.

■ **Aber wird damit nicht den nationalen Parlamen-**

ten ihr Haushaltsrecht entzogen?
Nein. Es wird schließlich nur eine Obergrenze für die Verschuldung festgelegt. Die Parlamente können nach wie vor ihre Prioritäten in der Haushaltspolitik setzen.

■ **Und über diese Obergrenze soll EU-Währungskommissar Olli Rehn künftig alleine entscheiden?**
Ob das genau so gemacht wird, wie Herr Schäuble vorgeschlagen hat, wird man sehen. Der Anstoß, um eine solche Regelung durchzusetzen, muss immer etwas provokant formuliert sein. Es wäre auch denkbar, dass der Währungskommissar den Vorschlag macht und die Kommission darüber entscheidet.

■ **Müsste man die Verfassungen in den Eurostaaten dafür ändern?**
Nein. Wenn es danach ginge, hätte man den Stabilitätspakt auch nicht unterzeichnen dürfen. Auch darin sind Zahlen festgeschrieben (Anm. d. Red.: z.B. die Regelung, dass Staaten ihre öffentliche Verschuldung auf 60 Prozent des BIP begrenzen müssen).

■ **Erwarten Sie zu Schäubles Vorschlag eine Entscheidung im Rahmen des EU-Gipfels?**
Ich erwarte mir Vorabklärungen zu den Reformvorschlägen und eine Lagebeurteilung. Die Fragen in der Schuldenkrise sind nicht mit einem Fingerschnipp geklärt.

Interview: **Manuela Dollinger**

BÖRSEN IM ÜBERBLICK

M-Dax erklimmt Allzeithoch

Nach dem kräftigen Vortagesanstieg hat der Dax am Mittwoch nur noch moderat zugelegt. Der deutsche Leitindex stieg um 0,25 Prozent auf 7394,55 Punkte. Dem kleineren Bruder M-Dax hingegen gelang es, sein bisheriges Rekordhoch aus dem Jahr 2007 zu übertrumpfen. Der Index der mittelgroßen Werte zog um 0,73 Prozent auf 11 555,64 Punkte an. Das war der höchste jemals erreichte Stand seit seiner Einführung 1996. Geschätzt werde vor allem das starke Engagement der mittelgroßen Firmen in den Schwellenländern und in den USA, das einen gewissen Schutz gegen die Auswirkungen der Krise in Europa bietet, sagen Börsianer. Die IT-Branche war der schwächste Sektor in Europa. Die Papiere von SAP etwa büßten 1,25 Prozent ein und die der Software AG 0,86 Prozent. Dass die Infineon-Aktien um 1,60 Prozent zulegten, wurde mit den kräftigen Kursverlusten vor einigen Wochen begründet, von denen sich Infineon noch nicht wieder erholen konnte. Die Aktien von ThyssenKrupp zählten zu den Favoriten im Dax mit plus 2,50 Prozent auf 18,68 Euro. Die Salzgitter-Papiere gehörten mit plus 5,52 Prozent zu den Spitzenwerten im M-Dax. Am Anleihemarkt stieg die Umlaufrendite von 1,20 Prozent am Vortag auf 1,28 Prozent. dpa



20 Jahre unverändert gut.
Die BahnCard.
Zum Jubiläum für nur 20 Euro.

Verlängert sich ohne rechtzeitige Kündigung vor Laufzeitende automatisch um ein Jahr (reguläres BahnCard 25-Abo).



4 Monate 25% sparen.

Die Jubiläums-BahnCard 25 gibt's bis zum 30.11.2012 für nur 20 Euro. Damit sparen Sie immer 25%, in Kombination mit den Sparpreisen sogar noch mehr. Erhältlich überall, wo es Fahrkarten gibt, und unter www.bahn.de.

Die Bahn macht mobil.